

Baden-Baden. Unter der Leitung von Karin Walter und Jan-Michael Meinecke entwickelte sich im Gemeindehaus „M 10“ am Marktplatz beim Presseclub Baden-Baden eine engagierte Diskussion zur Landtagswahl mit Wahlkreis-Kandidaten, der im Landtag vertretenen Parteien.

Thema Nummer eins: Flüchtlinge. Angesprochen auf unterschiedliche Positionen zwischen Guido Wolf, Julia Klöckner einerseits und Angela Merkel andererseits stellte Tobias Wald von der CDU heraus, dass zwischen die CDU-Politiker kein Blatt Papier passe und alle eine europäische Lösung anstreben. Es müsse darüber hinaus auch klar gemacht werden, dass Wirtschaftsfürchtlinge keine Bleibeperspektive hätten. Beate Böhlen von den Grünen und Werner Henn von der SPD plädierten auch für eine europäische Lösung, da seien die unterschiedlichen Positionierungen zum Beispiel bei der Kontingentierung in der Union nicht hilfreich für die Kanzlerin und beschäftigten sich mit tiefergehenden Fluchtursachen wie Handelsabkommen und Versagen der Welthungerhilfe bei den Flüchtlingen vor Ort, so Böhlen (Grüne). Man habe viel zu lange die Augen vor den Bürgerkriegsschauplätzen, den anfänglichen Flüchtlingsproblemen Italiens und Griechenlands ver-

schlossen, erklärte Henn (SPD) weiter. Man brauche jetzt eine tragfähige, faire europäische Lösung und müsse den Ländern, die nicht mitmachen, klar machen, dass sie damit auch andere europäische Leistungen verlieren. Hans Schindler (FDP) sieht in der Flüchtlingsfrage ein Versagen verschiedener Ministerien in Berlin und es sei gerade auch nicht hilfreich, wenn Horst Seehofer nach Moskau fahre. Beate Böhlen stellte heraus, dass Baden-Württemberg bei der Registrierungsfrage dem Bund vorbildlich geholfen hätte. Beim Thema innere Sicherheit kritisierte Tobias Wald die Polizeistrukturreform der Landesregierung. Die Verwaltungszusammenlegung Baden-Badens nach Offenburg sei vollkommen unglücklich und er befürchte einen Abzug von Polizeikräften von Baden-Baden. Dass die Kriminalitätsstatistik des Landes erst Ende März komme, verbuchte er als Wahlkampfakt.

Es sei überall spürbar, dass die Kriminalität ansteige, ergänzte Hans Schindler. Beate Böhlen hätte es auch lieber gesehen, dass verlässliche Zahlen frü-

her verfügbar sind. Das bisherige Zahlenmaterial deute keineswegs auf rapide Anstiege. Schwarz-Gelb hätte in ihrer letzten Amtszeit 1 000 Polizeistellen gestrichen, auch wenn 300 davon aus Auslagerungen des WKD stammten. Durch Vereinfachung von Verwaltungsarbeiten auch im Zuge der Polizeistrukturreform könnten wieder mehr



Polizisten den Straßendienst verrichten. Werner Henn verwies auf die Anstrengung der Landesregierung bei der Ausrüstung der Polizei. Man hätte in vielen Bereichen veraltete Ausrüstung der Polizei von der Vorgängerregierung übernommen.

Bildungspolitisch kritisierte Tobias Wald die Bevorzugung der Gemeinschaftsschule durch die Landesregierung und verneinte einen weiteren Ausbau. Dem widersprach Beate Böhlen

energisch. Ohne einen Antrag der Kommunen wäre keine Gemeinschaftsschule errichtet worden. Die Schulform müsse von unten und den Eltern getragen werden, alles andere sei Unsinn.

Hans Schindler sprach sich für einen fairen Wettbewerb der Schulformen aus, Werner Henn forderte das Ende der Kleinstaaterei in der Bildungspolitik und sprach sich für eine Bildungsreform auf Bundesebene aus, damit der Schulwechsel bei Umzug von Bundesland zu Bundesland erleichtert werde.

Beim Themenschwerpunkt Wirtschaftspolitik verwies Tobias Wald auf die wichtigen Weichenstellungen im Zuge der industriellen Revolution 4.0 und der Digitalisierung der Welt, die eine gezielte Wirtschaftspolitik bedürfen und er bemängelte die vier Milliarden neue Schulden im Landeshaushalt, die ohne die gute konjunkturelle Lage zu erheblichen Problemen führen würden. Beate Böhlen erwiderte, dass man einen strukturellen Investitionsbedarf in den Straßenbau, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten oder Krippenplätze von drei Milliarden Euro von der

Vorgängerregierung übernommen hätte, den man mit den Anstrengungen konsolidiert hätte. Dagegen seien die CDU-Wahlkampfversprechen nicht finanzierbar.

Auch bei Investitionen in die Infrastruktur der Zukunft sei man auf dem neuesten Stand der Technik und hätte einiges getan. Hans Schindler bemängelte die steigende Bürokratisierung auf Bundesebene (Arbeitszeitgesetz) und auf Landesebene zum Beispiel im Baurecht. Die freie Marktwirtschaft und Unternehmerverantwortung bräuchten eine Stärkung. Werner Henn erwiderte, Bürokratie hätte es bei Bauanträgen auch zuvor gegeben und die neuen Vorschriften des Landes seien gerade in Bezug auf das nachhaltige Bauen vorbildlich.

Die Schlussrunde gehörte der Frage, warum die Kandidaten an einen Erfolg glauben. Werner Henn verwies auf die 150-jährige Tradition der SPD und dass man im letzten Moment mobilisieren könne. Hans Schindler vertraut darauf, dass die Wähler gemerkt hätten, dass es mit einer starken FDP besser gehe. Beate Böhlen setzt auf die nachhaltige und zukunftsorientierte Politik der Grünen und Tobias Wald schließlich vertraut darauf, dass die besseren Konzepte der CDU die Bürger überzeugen. Volker Gerhard